



Grosser Rat | Das Parlament diskutiert umfassend den Sozialhilfe-Bericht – und stimmt Motionen zu

Das Parlament erhöht den Druck bei der Sozialhilfe



Vergeblich argumentiert. Das Parlament hat gegen den Willen von Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten drei Motionen zur Sozialhilfe angenommen. Damit sollen die Kosten massiv gesenkt werden.

FOTO WB

SITTEN | Das Parlament stimmt gleich drei dringlichen Motionen zur Sozialhilfe zu. Damit will man die Kosten in den Griff bekommen. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten wehrt sich vergeblich.

Allen ist klar, dass die Sozialhilfekosten auch im Wallis aus dem Ruder laufen. Die Kosten sind seit 2010 von 21,6 Millionen Franken auf 45 Millionen Franken im Jahr 2015 angestie-

gen. Budgetiert für dieses Jahr waren 40 Millionen Franken. 2016 sind 46 Millionen Franken budgetiert.

Die «Sozialhilfedebatte» beginnt mit der Diskussion über den Bericht «Sozialhilfe im Wallis» (Reaktionen im Artikel unten). Einige der Massnahmen wurden vom Staatsrat bereits übernommen. Die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission haben drei dringliche Motionen hinterlegt. Die Linksallianz will den Motio-

nen die Dringlichkeit mit einer Ordnungsmotion absprechen. Der Antrag ist chancenlos. Es gehe nur darum, rasche Massnahmen zu verhindern, kontern die Bürgerlichen.

Die Leistungen massiv kürzen

Die Sozialhilfe für unter 25-jährige mündige Personen soll auf die Nothilfe, das heisst auf monatlich 500 Franken (statt wie bisher mehr als 3000 Franken) reduziert werden.



Die Eingliederungspauschale von 100 Franken soll gestrichen werden. Die Miete ist nach einer noch zu bestimmten Frist neu zu beurteilen und das allgemeine Budget um die Differenz zu kürzen.

Die Unterhaltspauschale für Grossfamilien (sechs oder mehr Familienmitglieder) wird neu definiert. Das Konkubinats gilt nach zwölf Monaten Zusammenleben als stabil. Wenn der Sozialhilfeempfänger in einem einfachen Konkubinats nicht erwerbstätig ist, wird vom Konkubinatspartner ein Beitrag für die Führung des Haushalts verlangt.

Die Verjährungsfrist für Rückzahlungen von Sozialhilfegeldern soll auf 20 Jahre (bisher 10 Jahre) verlängert werden.

Für ausländische Sozialhilfeempfänger soll ein Spezialverfahren eingeführt werden. Konkret soll Ausländern schneller die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden können. Dabei muss eine Interessenabwägung unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer in der Schweiz oder der familiären Situation vorgenommen werden.

«Eine Diskussion wäre der bessere Weg»

Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten spricht sich gegen die Motionen aus. Man kann

vieles bereits beim Budget 2016 regeln: «Die gemeinsame Diskussion wäre der bessere Weg als Gesetzesänderungen oder Dekrete.» Missbrauch kann man nicht ausschliessen. Die ersten Korrekturmassnahmen bei den Leistungen für Sozialhilfeempfänger sind bereits ausgearbeitet worden. Diese sind ab dem 1. Januar 2016 anwendbar. Die SKOS ist zurzeit daran, ihre Richtlinien zu ändern. «Der Staatsrat wünscht daher, die definitive Verabschiedung der neuen SKOS-Richtlinien abzuwarten, bevor sämtliche Berichte, Vorschläge und Motionen zur Sozialhilfe im Detail analysiert werden», sagt Waeber-Kalbermatten: «Die Dienststelle ist bereit, bis im November 2015 einen Bericht vorzulegen, der auch die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Massnahmen aufzeigen wird. Dieser würde es dem Parlament ermöglichen, die für das Budget 2016 erwünschten Änderungen vorzunehmen.»

Auch der Widerstand der Linksallianz und ein couragierter Aufruf des CVPM-Abgeordneten Jean-Claude Savoy nützen nichts.

Das Parlament lässt sich nicht umstimmen. Alle drei Motionen werden mit klaren Mehrheiten angenommen. **hbi**

Massnahmen bereits getroffen

Konkret ist die automatische Gewährung der Integrationszulage von 100 Franken bereits gestrichen worden. Eine Kürzung der Pauschale für den Lebensunterhalt in der Höhe von 15 Prozent für junge Erwachsene ist bei der Ausarbeitung des Budgets 2016 berücksichtigt worden. Die Einschränkung bei der Übernahme des Mietzinses ist vorgesehen. Die Verringerung der Frist zur Bestimmung eines stabilen Konkubinats, würde laut der Staatsrätin zu höheren Kosten führen. Eine Information an die Leistungsempfänger über die Tatsache, dass ihnen die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann, wäre kontraproduktiv. Viele würden dann in die Illegalität «abtauchen».